

11283/AB**vom 01.09.2022 zu 11731/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at**

= Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 W i e n

leonore.gewessler@bmk.gv.at
+43 1 711 62-658000
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.496.867

. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Edith Mühlberghuber und weitere Abgeordnete haben am 7. Juli 2022 unter der **Nr. 11731/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Diskriminierung von LGBTIQ-Personen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- *Gab es 2021 bzw. bis dato 2022 gemeldete Fälle von Diskriminierung aufgrund einer LGBTIQ-Zugehörigkeit in Ihrem Ministerium?*
- *Wenn ja, wie viele?*
- *In welchen Bereichen fand die Diskriminierung statt?*
- *Welche Formen der Diskriminierung wurden gemeldet?*
- *Erhalten Zugehörige der LGBTIQ Unterstützung von Ihrem Ministerium?*
- *Wenn ja, in welcher Form?*

Im Jahr 2021 bzw. bis dato gab es keine gemeldeten Fälle von Diskriminierung aufgrund einer LGBTIQ-Zugehörigkeit.

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie begrüßt alle Maßnahmen, die zu mehr Gleichheit und Nichtdiskriminierung beitragen, besonders auch im Bereich LGBTIQ-Politik.

Gleichheit und Nichtdiskriminierung sind zentrale Werte und Rechte und wir betrachten alle Maßnahmen dahingehend als einen wichtigen Schritt zur Gleichstellung von lesbischen,

schwulen, bisexuellen, Transgender-, nichtbinären, intersexuellen und queeren (LGBTIQ) Personen. Das BMK und ich als Bundesministerin versuchen im Rahmen unserer Zuständigkeiten alles dazu beitragen, diese Ziele umzusetzen und einen Beitrag zur Stärkung von Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung zu leisten. So fördern wir die Sichtbarkeit von LGBTIQ-Themen, was von Beflaggung und Plakaten bis hin zu Videobotschaften oder Kommunikationsarbeit reicht. Diese bewusstseinsbildenden Maßnahmen tragen wir auch in unsere Beteiligungen, die wir aktiv dazu auffordern, Zeichen und Maßnahmen gegen Diskriminierung und für Gleichheit zu setzen.

Ich darf außerdem auf meine Ausführungen zur LGBTIQ-Strategie „Union der Gleichheit“ im Jahr 2020 bzw. auf die schriftliche parlamentarische Anfrage 4193/J vom 17. November 2020 verweisen.

Leonore Gewessler, BA

